



Gesundheits- und Sozialdienste

Zweck des Briefings:

- Information des EB-148 über die Aktivitäten seit der Tagung SC-19;
- Information des EB-148 über die für 2016 geplanten Aktivitäten.

Bezieht sich auf:

- ✓ Die laufende Arbeit in den Bereichen Gesundheits- und Sozialdienste, Privatisierung, Klima und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste (QPS).

Hintergrund: In Wirtschaftskreisen schätzt man den Wert der Gesundheitsdienste weltweit auf mehr als 12 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Zudem beschleunigt sich die Privatisierung in beinahe allen Ländern. Da sich der Gesundheitssektor aus vielen unterschiedlichen Fachrichtungen zusammensetzt, ist der allgemeine Privatisierungstrend mitunter schwer erkennbar. Die PSI wird ihre Ressourcen erhöhen, um die Mitgliedsgewerkschaften im Kampf gegen die Privatisierung in diesen Bereichen und bei der Organisation der ArbeitnehmerInnen sowohl in öffentlichen als auch in privatisierten Einrichtungen zu unterstützen. Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz von ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen wird nicht überall gleich geschützt und gefördert. Internationale Standards müssen umfassender ratifiziert und nationale Standards umgesetzt werden. Auch müssen besondere Schutzpraktiken Bestandteil von Kollektivverhandlungsinstrumenten auf Arbeitsstätten- und Branchenebene werden. Diese Anstrengungen müssen dem allgemein herrschenden, gegenläufigen Trend, im Rahmen von Sparmaßnahmen Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zurückzufahren und die Regulierung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz an sich zu privatisieren, entgegengesetzt werden.

Diskussion:

Das Auswahlverfahren für eine/n neue/n PSI-Referenten/in für Gesundheits- und Sozialdienste wurde im Februar 2016 eingeleitet und wird voraussichtlich bis Mai 2016 abgeschlossen sein.

Anwerbung neuer Mitglieder

Die PSI startete im Lauf des Jahres 2015 drei Initiativen zur Organisation von ArbeitnehmerInnen im Gesundheitsbereich:

1. Im Mittelpunkt einer dieser Initiativen stehen die Betreiber privater Gesundheitseinrichtungen in den Philippinen. In einem ersten Sondierungsprojekt wurden die großen Krankenhausgesellschaften in der Region Metro Manila ermittelt und ferner die Anforderungen für eine realistische, aggressive Kampagne mit dem Ziel, die betreffenden ArbeitnehmerInnen in die Gewerkschaft *Alliance of Filipino Workers* (AFW) zu bringen, festgestellt. Der Organisationsplan wurde von den AFW-Mitgliedern auf ihrem Kongress gebilligt. Auf diese Weise soll die umfassende Unterstützung für den neuen Ansatz sichergestellt werden. PSI, SEIU und die Gewerkschaft AFW werden Mittel zuweisen.
2. Mit der zweiten Initiative wird ein regionaler Ansatz in Interamerika verfolgt, mit dem Ziel, die Investitionen des Privatsektors zu erfassen und einen Organisationsplan in Brasilien, Argentinien, Chile, Kolumbien und Mexiko zu erstellen. Mit Unterstützung von UNISON und PSI begannen Forschungs- und Schulungsaktivitäten mit den Gewerkschaften.
3. Bei der dritten Initiative handelt es sich um ein Pilotprojekt in Ostafrika. Dort führen wir Gespräche mit Gewerkschaften, um deren Bedürfnisse und Kapazitäten zu ermitteln.

Kommission für Gesundheit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum (CHEEG)

Die Generalsekretärin der PSI, Rosa Pavanelli, wurde in die neue Hochrangige Kommission für Gesundheit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum berufen. Die Zielsetzungen der Kommission bestehen darin, den Mitgliedstaaten Maßnahmen bezüglich der Beschäftigten im Gesundheitswesen vorzuschlagen, die zu einem globalen, inklusiven Wirtschaftswachstum, der Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Sicherstellung eines gesunden Lebens und des Wohlergehens aller Menschen aller Altersstufen beitragen. Die Kommission nahm die entscheidende Rolle von Frauen bei der Erbringung von Gesundheitsdiensten zur Kenntnis und wies darauf hin, dass bis 2030 40 Millionen neue Arbeitsplätze im Gesundheitssektor geschaffen werden müssten, um dem von der WHO bis 2030 vorausgesagten Mangel an 18 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen in den Entwicklungsländern zu begegnen.

Mitvorsitzende der Kommission sind François Hollande, der französische Präsident, und Jacob Zuma, der Präsident von Südafrika. Die stellvertretenden Vorsitzenden kommen aus der IAO, der WHO und der OECD. Die erste Tagung fand am 23. März 2016 in Lyon statt. Im Mittelpunkt der von der PSI übermittelten Botschaften standen die politischen Vorgaben, die benötigt werden, um einen universellen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu erreichen. Hierzu zählen öffentliche Investitionen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für das Personal im Gesundheitswesen, eine globale Steuerreform und ein Ende der handelspolitischen Regelwerke, die Gewinnen Vorrang vor öffentlichen Diensten einräumen. Die Kommission wird ihren Bericht auf der UN-Generalversammlung 2016 vorlegen.

Angriffe auf die Mechanismen für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

Die PSI war in Abstimmung mit dem IGB an Gesprächen mit der IAO bezüglich der Umsetzung eines 2013 zwischen der IAO und der *International Standards Organization* (ISO) geschlossenen Grundsatzvereinbarung über die Zusammenarbeit an einem Managementsystem für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (OHS-MS) beteiligt. Dabei bestand die Bedingung, dass eine ISO-Norm nicht im Widerspruch zu internationalen Arbeitsnormen stehen dürfe und dass die IAO effektive Teilnehmerin an diesem Prozess sein müsse. Die PSI stand dieser Initiative sehr kritisch gegenüber und äußerte Bedenken, dass

eine solche Norm *de facto* zur Ausgliederung und Privatisierung einer Norm führen würde, über die sich die Sozialpartner einigen müssten und die von den Regierungen geregelt und durchgesetzt werden müsse. Die Vereinbarung wurde zweimal verlängert, aber diese Zusammenarbeit endete in einem solchen Fiasko, dass die IAO der ISO eine Stellungnahme übermitteln musste, in der sie inhaltlich erklärte: *Die ISO/DIS 45001 unterstützt und respektiert nicht den Kerngrundsatz internationaler Arbeitsnormen, dass das als Minimum zu verfolgende Ziel eines wirksamen Managementsystems für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz in der Einhaltung nationaler Gesetze, Verordnungen und sonstiger gesetzlicher Anforderungen durch die betreffende Organisation bestehen muss.* Der aktuelle Normenentwurf tritt das Mandat der IAO mit Füßen und sollte daher *ad acta* gelegt werden. Die ISO ist ein privates, unabhängiges Netz nationaler Normenorganisationen aus 163 Ländern. Sie ist weder eine zwischenstaatliche Organisation noch Bestandteil des UN-Systems (obgleich sie beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen - ECOSOC - einen beratenden Status hat). Die PSI rief ihre Mitgliedsorganisationen in 64 Ländern auf, aktiv zu werden und mit ihren Regierungen, nationalen Dachverbänden und nationalen Normenorganisationen Kontakt aufzunehmen.

http://www.iso.org/iso/home/standards_development/list_of_iso_technical_committees/iso_technical_committee_participation.htm?commid=4857129

Weltweite Kampagne zum Menschenrecht auf Gesundheit

2016 wird die PSI eine Weltweite Kampagne zum Menschenrecht auf Gesundheit ins Leben rufen. Die Kampagne baut auf den Ergebnissen der PSI-Arbeitsgruppe Gesundheit und den Ergebnissen relevanter Sektorveranstaltungen in den Regionen der PSI auf. Diese Kampagne wird auf weltweiter Ebene die Position der PSI als wichtigster Organisation für KrankenpflegerInnen und Beschäftigte im Gesundheitswesen stärken und verschiedene Gesichtspunkte der laufenden Arbeit zusammenführen. Hierzu zählen der Einsatz für solide finanzierte öffentliche Gesundheitssysteme, der Kampf gegen Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesundheit, die Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für Gesundheitspersonal, beispielsweise Pflegeschlüssel, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Gehälter und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Im Rahmen der Kampagne soll auch über Einsatz der finanziellen Mittel in (öffentlichen) Gesundheitssystemen nachgedacht werden – mit dem Ziel, Investitionen in Humankapital sicherzustellen und der Prävention Vorrang einzuräumen. Außerdem sollen die Verantwortlichkeiten der Regierungen für die Garantie des Menschenrechts auf Gesundheit für Alle umrissen werden. Ein weiteres Ziel der PSI besteht darin, zugleich die durchgängige Berücksichtigung ihrer Schwerpunktkampagnen im Gesundheitssektor zu vertiefen, beispielsweise die Kampagnen zu den Themen Handel, Steuergerechtigkeit, Korruption und Gleichstellung der Geschlechter.

Auswirkungen auf den Haushalt: Innerhalb der Haushaltsentwürfe

Nächste Schritte:

EMPFEHLUNG AN DEN VORSTAND EB-148:

1. BILLIGUNG DIESES BERICHTS.

JA / NEIN